

Kurzbericht

Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
(18. - nicht öffentliche - Sitzung am 27. August 2026)

Tagesordnung:

1. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Antrag der Landesregierung - [Drs. 19/9451](#)

dazu:

Jahresbericht 2026 des Niedersächsischen Landesrechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2024

Unterrichtung - [Drs. 19/10800](#)

a) Beschlussfassung über den Bericht des Unterausschusses

Der Unterausschuss verabschiedet seinen Bericht an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und empfiehlt diesem folgenden Beschluss:

1. Der Landesregierung, der Präsidentin des Landtages, dem Präsidenten des Staatsgerichtshofs und der Beauftragten für den Datenschutz wird gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 2024 erteilt.
2. Der Landtag billigt gemäß § 37 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung nachträglich die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2024.
3. Die Bemerkungen und die Denkschrift des Landesrechnungshofs zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024 werden, soweit sich aus dem anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen nicht etwas anderes ergibt, für erledigt erklärt.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Feststellungen und Bemerkungen im anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag bis zu den in den Beiträgen angegebenen Terminen zu berichten.

zu den Nrn. 1 bis 3:

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

zur Nr. 4:

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

b) Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Jahresberichtsbeitrag „Neubau der Ärztekammer - unwirtschaftlicher Umgang mit Pflichtbeiträgen“

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. Beratung von Antworten der Landesregierung zu den Haushaltsrechnungen der Haushaltsjahre 2018 bis 2023 (sogenannte Altfälle)

Der Unterausschuss berät über die sogenannten Altfälle und verabschiedet seinen Bericht an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Er empfiehlt diesem folgenden Beschluss:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die aus dem anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen ersichtlichen Feststellungen und Bemerkungen zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -